



Jugendsession
Session des jeunes
Sessione dei giovani
Sessiun da giuvenils

Jugendsession 2019

07. - 10. November

Dossier

Agenda 2030 – Klimaschutz

Autorin: Melanie Ammeter

Inhaltsverzeichnis

Um was geht es?	4
Agenda 2030 - Ziel 13	5
Umsetzung	5
Gesetzliche Grundlagen	7
Schweiz	7
Art. 1 Zweck	7
Art. 3 Verminderungsziele	8
Übereinkommen von Paris	8
Was läuft aktuell in der Politik	9
Schweiz	9
EU & Schweiz	9
International	10
Wirtschaft	10
Fazit	11
Nützliche Links	12
Quellenverzeichnis	12
Abbildungsverzeichnis	13

Um was geht es?

Bereits in den 1970er Jahren äusserten sich Forscher*innen zu den möglichen Folgen einer globalen Klimaerwärmung. Infolge dessen wurde 1979 die erste internationale Klimakonferenz in Genf einberufen.

Im Jahr 1988 wurde dann der Zwischenstaatliche *Sachverständigenausschuss für Klimaveränderung (IPCC)* gegründet, welcher zwei Jahre später einen ersten Bericht über den Kohlendioxid-Ausstoss veröffentlichte. Der Bericht zeigte auf, dass der CO₂-Gehalt deutlich stärker reduziert werden muss als bisher angenommen und diente als wissenschaftliche Grundlage des Erdgipfels von 1992 in Rio de Janeiro. Dort wurde auch das *Rahmenübereinkommen der UN über Klimaänderung* verabschiedet und von anfänglich fünfzig Ländern ratifiziert. Der zweite veröffentlichte Bericht des IPCC aus dem Jahr 1995 bestätigte den erkennbaren Einfluss des Klimawandels auf unsere Erde erneut. (BAFU, 2019)

Das erste verbindliche Klimaabkommen wurde 1997 mit dem *Kyoto-Protokoll* verabschiedet, welches von den USA jedoch nie in Kraft gesetzt und von Kanada noch vor dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode wieder aufgekündigt wurde. Die Schweiz und die EU bekannten sich 2005 auch zur zweiten, freiwilligen Phase des Kyoto-Protokolls, welches per Ende 2020 ausläuft (BAFU, 2019). Für die Zeitspanne nach 2020 musste ein neues Abkommen ausgehandelt werden. Nach dem Scheitern eines ersten Versuches am Klimagipfel von Kopenhagen im Jahr 2009 wurde das 2015 in Paris verabschiedete Klimaübereinkommen ausgearbeitet (BAFU, 2019; Greenpeace, 2019). Dieses wurde von fast allen 197 Staaten unterschrieben und hat zum Ziel, gemeinsam die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und so den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken. Unterdessen haben sich die USA unter dem amtierenden Präsident Trump aber aus dem Abkommen zurückgezogen.

Gleichzeitig existierte seit 1992 eine Vielzahl an unterschiedlichen Agenden innerhalb der Staatengemeinschaft. Diese beinhalteten diverse Ziele, beispielsweise im Bereich der Armutsreduktion oder der wirtschaftlichen Entwicklung, und suchten nach Lösungen zur Eindämmung von Umweltschäden oder für einen besseren Klimaschutz. Die ab 2000 verfolgten Millenniumsentwicklungsziele sind 2015 ausgelaufen und wurden von der *Agenda 2030* abgelöst, welche 17 Ziele (*SDGs*) für nachhaltige Entwicklung definiert.

In diesem Dossier schauen wir uns das Ziel 13 zum Thema Klimaschutz genauer an und fokussieren uns dabei auf die nationalen Ziele.

Agenda 2030 – Ziel 13



Abbildung 1: Ziel 13: Massnahmen für den Klimaschutz

“Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen”, so lautet die Devise. Das SDG 13 stützt sich, anders als die restlichen SDGs, explizit auf das Pariser Klimaübereinkommen. Dieses ist um einiges präziser formuliert und dadurch auch völkerrechtlich stärker bindend. Es nimmt die Staatengemeinschaft mit unterschiedlichen Massnahmen in die Pflicht und verlangt von den wohlhabenderen Industrieländern internationale Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele.

Das SDG 13 beinhaltet sowohl Ziele auf nationaler wie auch internationaler Ebene.

Nationale Ziele

- Das erste Ziel betrifft Massnahmen zur Absicherung von Infrastruktur und Bevölkerung. Diese sollen, angesichts des vermehrten Auftretens von der durch die Klimaveränderung bedingten Umweltkatastrophen, an die neuen Bedingungen angepasst werden.
- Das zweite Ziel schreibt eine bessere Einbindung der Klimathematik in die nationale Politik vor. Zudem soll der Klimawandel auch vermehrt in Planung und Strategie miteinbezogen werden. Beispielsweise beim Bau neuer Parkanlagen, einer Erweiterung der Fahrradwege oder der Neupflanzung von Bäumen in urbanen Gebieten.
- Das letzte der drei Ziele ist es, Bürger*innen besser für den Klimawandel zu sensibilisieren und über mögliche Folgen aufzuklären. Der Bund muss ihnen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie im Alltag eigenständig zur einer Abschwächung des Klimawandels und seiner Auswirkungen mithelfen können. Zudem sollen neue Frühwarn-Systeme ausgearbeitet werden, um mit den veränderten Bedingungen umzugehen.

Internationale Ziele

Die Schweiz hilft bis 2020 gemeinsam mit anderen Industrieländern bei der Finanzierung und Umsetzung sinnvoller Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. Dabei zahlt sie einen angemessenen Beitrag an das internationale Budget von jährlich 100 Milliarden US Dollar.¹

Weiter sollen die Abläufe bei der Planung und Umsetzung von Massnahmen in den ärmsten Ländern gefördert werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf Frauen und junge Menschen sowie das ansässige Sozialwesen gelegt werden, d.h. die Kultur kennenlernen, berücksichtigen und gezielt unterstützen. (EDA, 2017).

Umsetzung

Bei der Umsetzung sind verschiedene Ansätze vorhanden, zentral ist jedoch bei allen eine Reduktion des Ausstosses von *Kohlenstoffdioxid* (CO₂). Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoss bis 2020 gegenüber den

¹ Gemäss Bundesrat sind das 450-600 Mio. CHF/Jahr. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fordern mindestens 1 Mrd. CHF/Jahr, weil das der weltweiten Klimaverantwortung und Wirtschaftskraft der Schweiz entspricht.

Emissionen von 1990 um 15,8% zu reduzieren. Das CO₂-Gesetz sieht eine Reduktion im Inland von 20% bis ins Jahr 2030 vor. Das Kyoto-Protokoll hingegen erlaubt, dass auch Emissionsminderungszertifikate², die im Ausland erworben wurden, angerechnet werden dürfen.

Damit die Daten aller Länder nach den gleichen Richtlinien erfasst werden, wurde das sogenannte *Treibhausgasinventar* ins Leben gerufen. Dort tragen sie jährlich ihre Emissionen ein und können so ihren Fortschritt verfolgen und wenn nötig Massnahmen ergreifen. Zu berücksichtigen ist, dass in dieser Statistik nebst den Emissionen aus fossilen, also nicht-erneuerbaren, Quellen auch weitere Treibhausgase wie Methan, synthetische Gase oder Lachgas miteinbezogen werden. Weiter wird auch die Ökobilanz unserer Wälder in der Treibhausgas-Statistik aufgezeichnet. Nicht in der nationalen Statistik enthalten, jedoch ausgewiesen, ist der internationale Schiffs- und Flugverkehr. Der Grund hierfür ist, dass diese Emissionen laut der UN-Konvention von Chicago nicht spezifisch einem Land zugewiesen werden können. Ebenfalls nicht mit eingerechnet werden *graue Emissionen*, die bei der Produktion von importierten Gütern in die Schweiz entstehen. Das Bundesamt für Statistik schätzt, dass diese mehr als 60% der gesamten Emissionen in der Schweiz ausmachen. (BFS, 2018)

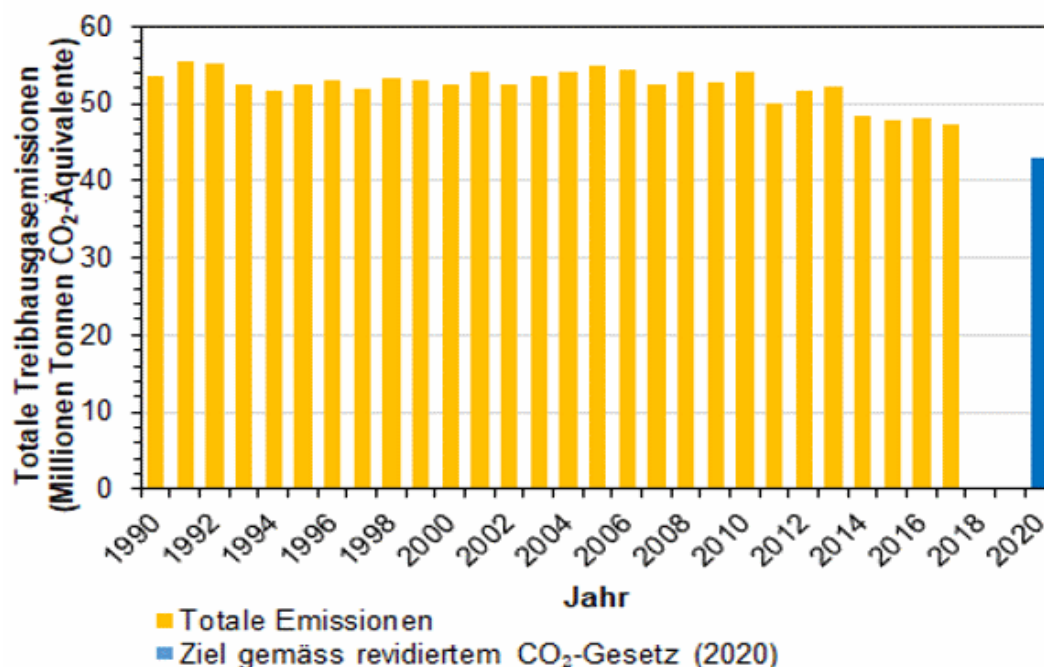


Abbildung 2: Statistik der Treibhausgasemissionen

Diverse *Nichtregierungsorganisationen*, auch *NGOs (Non Governmental Organisation)*, setzen sich für eine schnellere und effizientere Bekämpfung des Klimawandels und dessen negativen Auswirkungen ein. In der Schweiz haben sich 80 von ihnen zu einer *Klimaallianz* zusammengeschlossen und bereits im Juni 2016 einen gemeinsamen Masterplan vorgelegt.

² Durch Emissionsminderungszertifikate werden Klimaschutzprojekte unterstützt, welche entstehende Emissionen ausgleichen, wie z.B. Aufforstung und Ausbau erneuerbarer Energien.

Dieser zeichnet sich durch folgende fünf Kernpunkte aus:

- **Emissionsreduktion auf netto null:** Auf globaler Ebene bis im Jahr 2050. In der Schweiz soll dieses Ziel bereits 2040 erreicht werden, denn nur so kann eine Erderwärmung von weniger als 1,5°C garantiert werden.
- **Verdoppelung der gesetzlich vorgeschriebenen Emissionsreduktion:** Im Moment beträgt dieser Prozentsatz 2% pro Jahr. Ginge es nach dem Bundesrat, wäre eine Reduktion von 1% pro Jahr ausreichend. Die Klimaallianz fordert hingegen eine Verdoppelung auf 4% pro Jahr, wodurch der notwendige Fortschritt schneller erzielt würde.
- **Mitverantwortung auf der globalen Ebene:** Weil wir in der Schweiz die globalen Ressourcen mehr beanspruchen als beispielsweise Entwicklungsländer, sollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und sie finanziell mit mindestens 1 Mrd. CHF unterstützen, nebst den Kosten laufender Hilfs- und Entwicklungsprojekte.
- **Emissionsreduktion, auch im Inland:** Die Klimaallianz vertritt die Meinung, dass es zwar sinnvoll ist, Emissionen mittels Zertifikaten auch im Ausland zu reduzieren. Jedoch darf und soll es keine Ausrede dafür sein, mit Reformen im Inland abzuwarten, da die Emissionen auf globaler Ebene bis 2050 netto null erreicht haben sollen. Daher sollen Emissionszertifikate kein Ersatz für Reduktionen im Inland sein.
- **Konkrete Regelungen in allen Sektoren:** Beispielsweise beim Verkehr, einem Sektor, in dem die Emissionen Jahr für Jahr steigen anstatt zu sinken. Gleichzeitig soll aber auch bei Importwaren oder direkten Auslandsinvestitionen genauer hingeschaut werden. Denn der Finanzplatz der Schweiz investiert weltweit in Sektoren, deren Emissionen den Ausstoss im Inland um ein Vielfaches übersteigen.

Die genannten Ziele sind sehr ambitioniert, können laut Klimaallianz aber erreicht werden, wenn alle Beteiligten willig zusammenarbeiten (Klimaallianz, 2016). Im Alltag bekommen die Bürgerinnen und Bürger schon jetzt kleine Änderungen zu spüren, beispielsweise im Detailhandel. So sind die Plastiktüten der beiden Detailhändler*innen Migros und Coop neu kostenpflichtig und werden aus 100% recyceltem Material hergestellt (rub, 2019). Nicht zu unterschätzen ist zudem die 16-jährige schwedische Klima-Aktivistin Greta Thunberg. Ihr Schulstreik für das Klima hat mittlerweile eine globale Bewegung ins Rollen gebracht – auch in der Schweiz werden von Jugendlichen regelmässig *Fridays for Future* organisiert. Gemeinsam fordern sie, dass in der gesamten Schweiz der Klimanotstand ausgerufen wird und bis 2030 netto keine Treibhausgase mehr ausgestossen werden. (SRF, 2019)

Gesetzliche Grundlagen

Schweiz

Zurzeit wird in der Schweiz das CO₂-Gesetz totalrevidiert. Wichtige Artikel sind Art. 1., welcher den Zweck erläutert, und Art. 3., in dem allgemeine Ziele definiert werden. Wichtig: Die folgenden zwei Artikel sind noch nicht in Kraft und werden von der zuständigen Kommission und den beiden Räten behandelt. (BAFU, 2019)

Art. 1 Zweck

Der Geltungsbereich des revidierten CO₂-Gesetzes soll mit der Vereinbarung von Paris deckungsgleich sein. Da noch nicht feststeht, ob neben den sieben heute geregelten

Treibhausgasen in Zukunft auch noch weitere vom internationalen Klimaregime erfasst werden, soll sie der Bundesrat auf Verordnungsstufe bezeichnen dürfen. So kann er rasch auf neuere Entwicklungen reagieren (Bundesrat, 2017a).

Der Zweck oder das übergeordnete Ziel des CO₂-Gesetzes ist es, die Treibhausgasemissionen, insbesondere CO₂, zu vermindern, um „einen Beitrag zu leisten, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2 Grad Celsius zu beschränken“.

Art. 3 Verminderungsziele

Der Bundesrat legt fest, mit welchem Faktor Emissionsrechte aus dem *Emissionshandelssystem (EHS)* an das Inlandziel angerechnet werden. Dieser Faktor ist von der Menge der verfügbaren Emissionsrechte im Schweizer EHS und von der Anzahl an übertragenen Emissionsrechten aus der Verpflichtungsperiode von 2013–2020 abhängig und kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beziffert werden.

Der Bundesrat kann auf dem Weg zur Erreichung des Verminderungsziels auch Zwischenziele für einzelne Sektoren festlegen. Das Gesetz delegiert diese Kompetenz an den Bundesrat, damit für die Bestimmung der Ziele und Zwischenziele kurzfristige Entwicklungen und den technologischen Fortschritt berücksichtigt werden können. Der Bundesrat wird sich dabei voraussichtlich an einem linearen, also gleichmässigen, Absenkpfad zwischen 2010 und 2030 orientieren.

Bei den Verminderungszielen, zu denen der Bund Organisationen aus der Wirtschaft verpflichten kann, legt der Bundesrat fest, inwiefern diese auch durch die Abgabe von internationalen Bescheinigungen gedeckt werden können. Da die Ausgestaltung der Verminderungsziele noch nicht bekannt bzw. Gegenstand von Verhandlungen ist, sollten die Details zur Einhaltung vorerst auf Verordnungsstufe geregelt werden. (Bundesrat, 2017b)

Übereinkommen von Paris

Eine der wichtigsten Stützen der internationalen Klimapolitik ist das Pariser Abkommen. Es bildet das Grundgerüst für die internationale Zusammenarbeit und soll garantieren, dass die Welt geschützt, und die Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2°C begrenzt bleibt.

Besonders Artikel 2 und 6 des Abkommens sind für die Schweiz von Wichtigkeit. Sie definieren die übergeordneten Zielsetzungen und legen dementsprechend auch die Spielregeln fest:

In Artikel 2 sind die allgemeinen Ziele formuliert. Dazu gehören die weltweite Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 2°C, wenn möglich sogar 1,5°C, die Gewährleistung der Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen des Klimawandels sowie die Klimaverträglichkeit aller globalen Finanzflüsse.

Artikel 6 sieht einen Mechanismus vor, der den Handel von Emissionsreduktionen zwischen den einzelnen Ländern erlaubt. Die Vertragsparteien erklären sich einverstanden, dass die einzelnen Länder zu diesem Zweck miteinander Verträge eingehen dürfen. So können sie Emissionen einkaufen und dem eigenen Land anrechnen. Dieses Unterfangen muss jedoch von den anderen Vertragspartnern abgesegnet werden. Ein interner Kontrollmechanismus soll somit eine Doppelabrechnung verhindern können (BMU, 2015).

Was läuft aktuell in der Politik

Schweiz

Wie bereits erwähnt, befindet sich das CO₂-Gesetz zurzeit in Revision. Es wird auf der Grundlage des Pariser Abkommens überarbeitet und soll ab 2021 in Kraft treten (Bundesrat, 2017a).

In diesem Jahr hat der Kantonsrat von St. Gallen eine Standesinitiative eingereicht, in der er eine *Steuer auf Flugtickets in der Höhe der CO₂-Abgaben auf den verbrauchten Treibstoff* fordert. Dies mache Sinn, erstens weil die Schweiz mit der Revision des CO₂-Gesetzes beschäftigt ist (Bundesrat, 2017a) und zweitens, weil die Schweiz im europäischen Vergleich hinterher hinkt (Schultz, 2017). Im August hat die Umweltkommission des Ständerats mitgeteilt, dass auch sie eine Flugticketabgabe im CO₂-Gesetz möchte (Ständerat, 2019). In der Herbstsession hat der Ständerat die Neuauflage der Revision des CO₂-Gesetzes mit 37 Ja- und nur einer Nein-Stimme angenommen. Künftig soll auf

Flugtickets eine Abgabe von mindestens 30 und höchstens 120 Franken erhoben werden, wobei ca. die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet werden soll, die andere Hälfte flösse in einen neuen Klimafonds. Die Vorlage geht nun weiter an den Nationalrat (SRF, 2019).

Die *Gletscher-Initiative*, welche sich momentan in der Phase der Unterschriftensammlung befindet, fordert eine Reduktion der Emissionen auf netto null bis 2050. Der Weckruf für den Initiant und Umweltjournalisten Marcel Hänggi war der unübersehbare Rückgang der Schweizer Gletscher, daher auch der Name der Initiative. (Verein Klimaschutz Schweiz, 2018)

EU & Schweiz

Konkret bedeutet das, dass der Bundesrat die Zustimmung der beiden Räte für eine Verknüpfung der Emissionshandelssysteme erhalten hat. Das soll den Schweizer Unternehmen den Vorteil verschaffen, Emissionsrechte nach denselben Regeln wie in der EU



Abbildung 3: Flugticketabgaben in Europa

ansässige Unternehmen zu handeln und somit unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen zu wirtschaften. In der Praxis führt dies aber zu einer drastischen Senkung der Preise pro Tonne CO₂, weil das EU-Handelssystem grössere Überschüsse aufweist. Besonders starke Auswirkungen hat die Verknüpfung deshalb für die treibhausgasintensiven Wirtschaftssektoren in der Schweiz. (Bundesrat, 2017b)

International

Weil die Schweiz auch im Ausland CO₂ *einsparen* und dadurch fehlende Emissionsreduktionen im Inland *kompensieren* kann, werden derzeit verschiedene Projekte, vor allem in Mittel- und Südamerika, geprüft oder befinden sich bereits in Umsetzung. Eines davon in Peru. Dort wurden im Rahmen eines Projektes bis heute ca. 77'000 *Cookstoves* in ländlichen Gegenden gebaut. Dabei handelt es sich um Kocheinrichtungen mit einem Abzugsrohr und einer bedeckten Herdplatte. Das ermöglicht effizienteres Kochen durch einen tieferen Holzverbrauch und somit niedrigeren CO₂-Ausstoss (MyClimate, 2019). Momentan handelt es sich dabei aber noch um freiwillige Kompensationsprojekte. Ob und wie solche Reduktionen im Ausland in Zukunft auch im Inland angerechnet werden können, steht noch nicht fest.



Abbildung 4: Cookstove in Peru

Wirtschaft

Erneuerbare Energiequellen erleben derzeit ihr goldenes Zeitalter. Dennoch werden in der Schweiz, im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, nur zögerlich Anreize geschaffen. Dies obwohl erneuerbare Technologien schon jetzt verfügbar sind und sich in der Debatte um die *Energiestrategie 2050* auch die Bürger*innen deutlich dazu bekannt haben. Bis 2050 soll die Schweiz ihre Energie zu 100% aus erneuerbaren Stromquellen beziehen (Schultz, 2017).

Nichtsdestotrotz werden immer wieder Falschinformationen verbreitet. So wurde beispielweise behauptet, dass elektrische Autos nicht annähernd so umweltfreundlich seien wie angenommen und teilweise sogar mehr CO₂ ausstossen würden (Vollmer, 2019). Die Wissenschaftler*innen, auf deren Studie der Fehler beruhte, haben ihre Aussagen mittlerweile korrigiert. Autos machen dennoch immer wieder Schlagzeilen, ob aufgrund der im Vergleich zum öffentlichen Verkehr schlechten Umweltbilanz oder wegen des erhöhten Platzbedarfs. Sie waren auch Thema der im Jahr 2008 von den jungen Grünen lancierten *Offroader-Initiative*, die Autos mit einer gewissen Umweltbelastung auf den Schweizer Strassen verbieten wollte. 2011 hat sich das Initiativkomitee jedoch entschieden, den Vorschlag zugunsten des sich in Überarbeitung befindenden CO₂-Gesetzes zurückzuziehen. Mit der

Einführung von Emissionsvorschriften für Personenwagen haben sie denn auch einen kleinen Sieg errungen. (Junge Grüne, 2008)

Auch bei der *Carsharing*-Genossenschaft *Mobility* wurde vor kurzem ein Antrag zur Umstellung auf nicht-fossile Treibstoffe gestellt. Zwar müssten neue Standorte elektrifiziert werden, jedoch würde sich dies langfristig durch Einsparnisse bei den Service- und Treibstoffkosten sowie den Schadstoff-Emissionen auszahlen. (Mobility, 2019)

Möglichkeiten für eine Veränderung gibt es viele:

- **Verkehr:** Eine effektive Option bietet die Förderung der CO₂-freien Mobilität oder ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ergänzt durch Carsharing-Angebote. Dies ist jedoch nur schwer mit der heute so hoch gewichteten Individualität vereinbar.
- **Gebäudetechnik:** Auch wenn sich bereits viel getan hat, wird pro Jahr nur etwa 1% der bestehenden Bauten in der Schweiz saniert. Vor allem im Bereich der Heizungssysteme kann noch viel erreicht werden. (Kloth, 2018)
- **Lebensmittelkonsum:** In diesem Bereich haben die Konsument*innen selbst eine gewisse Verantwortung, denn es geht um Angebot und Nachfrage. Unser Kauf- und Konsumverhalten, beispielsweise der Fleischkonsum, hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das Klima. Gleichzeitig liegt es aber auch in der Pflicht der Konzerne, umweltfreundliche Produkte ins Angebot aufzunehmen.
- **Reisen:** Der enorme Anstieg an absolvierten Kurzstreckenflügen in Europa hat aufgrund des hohen Treibstoffverbrauchs gravierende Auswirkungen auf das Klima. Eine Alternative bietet der Zugverkehr. Auch hier steigt die Nachfrage, weshalb beispielsweise die SBB angekündigt hat, eine Erweiterung ihres Angebotes, z.B. bei Nachtzügen, zu prüfen. (fma, 2019)

Fazit

Momentan befindet sich viel im Umbruch - und das ist auch nötig. In unserer globalisierten Welt hängt alles zusammen, die grösste Herausforderung liegt in der internationalen Koordination und Kooperation. Die Schweiz kann aber trotzdem selbst entscheiden, ob sie als wohlhabendes und technologisch fortgeschrittenes Land eine Vorreiterrolle einnehmen, oder nur ein Minimum des Vorgeschriebenen machen will. Die Spielregeln werden momentan neu geschrieben, mit oder ohne uns!

Nützliche Links

Pariser Abkommen	
Ziel 13 beim EDA	

Quellenverzeichnis

- Braun, Roger. (2019). *Flugticketabgabe*. In: Aargauerzeitung vom 02.06.2019. [online]
<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/flugticketabgabe-wie-ein-vergleich-in-europa-die-debatte-in-der-schweiz-neu-befeuert-134559540> [18.09.2019]
- BAFU. (2019). *Treibhausgasinventar*. Stand 15.04.2019. [online]
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/treibhausgasinventar.html> [18.09.2019]
- BFS. (2018). *Mehr als 60% des Treibhausgas-Fussabdrucks entstehen im Ausland*. In: Publikation vom 20.02.2018. [online]
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.4322942.html> [18.09.2019]
- BMU. (2015). *Pariser Abkommen*. In: Klimaschutz beim BMU (DE). [online]
https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf [18.09.2019]
- Bundesrat. (2017a). *Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020*. In: Geschäft des Bundesrates (17.071) vom 01.12.2017. [online]
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170071> [18.09.2019]
- Bundesrat. (2017b). *Abkommen [...] über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme*. In: Geschäft des Bundesrates (17.073) vom 01.12.2017. [online]
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170073> [18.09.2019]
- Busch, Michaela. (2017). *Zwei Jahre nach Paris*. In: Umweltnetz-Schweiz. [online]
<https://bit.ly/2ITSjAf> [18.09.2019]
- EDA. (2017). *Ziel 13*. Stand 27.11.2017. [online]
<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung/ziel-13-umgehend-massnahmen-zur-bekaempfung-des-klimawandels.html> [18.09.2019]
- fma. (2019). *Die SBB prüfen den Ausbau der Nachtzugverbindungen*. In: NZZ vom 30.05.2019. [online]
<https://www.nzz.ch/schweiz/die-sbb-pruefen-den-ausbau-der-nachtzugverbindungen-id.1485797> [18.09.2019]
- Greenpeace Deutschland. (2017). *Internationale Klimakonferenzen*. [online]
<https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/klimaschutz/internationale-klimakonferenzen> [18.09.2019]
- Junge Grüne. (2008). *Offroader-Initiative*. [online]

- <https://www.jungegruene.ch/offroader-initiative> [18.09.2019]
- Klimaallianz. (2016). *Klima-Masterplan*. In: Botschaft vom 02.06.2019. [online]
<http://www.klima-allianz.ch/blog/klima-masterplan> [18.09.2019]
- Kloth, Philipp. (2018). *Vergleich Heizungssysteme*. In: Energieheld vom 23.01.2018. [online]
<https://www.energieheld.ch/heizung> [18.09.2019]
- Mobility. (2019). *Umstellung auf fossile Treibstoffe*. In: Traktandum 5, Delegiertenversammlung 2019.
- MyClimate. (2019). *Weniger Rauch dank effizienten Kochern*. In: Projekt Cookstove [online]
<https://www.myclimate.org/de/informieren/klimaschutzprojekte/detail-klimaschutzprojekte/show/Project/peru-effiziente-kocher-7125/> [18.09.2019]
- rub. (2016). *Plastiksackverbot scheitert*. In: Tagesanzeiger vom 22.09.2016. [online]
<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/plastiksackverbot-scheitert/story/20564214> [18.09.2019]
- Schultz, Stefan. (2017). *Der langsame Atomausstieg der Eidgenossen*. In: Spiegel-Online vom 22.05.2017. [online]
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/schweiz-der-langsame-atomausstieg-der-eidgenossen-a-1148756.html> [18.09.2019]
- Ständerat. (2019). *Besteuerung [...] auf Flugbenzin/Kerosin*. In: Standesinitiative (19.305) vom 21.03.2019. [online]
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190305> [18.09.2019]
- SRF. (2019). *Fridays for Future*. In: News-Clip vom 24.05.2019. [online]
<https://www.srf.ch/news/schweiz/fridays-for-future-tausende-jugendliche-klima-demonstranten-auch-in-der-schweiz> [18.09.2019]
- SRF. (2019). *Fahren und Fliegen soll teurer werden*. In: SRF News vom 25.09.2019. [online]
<https://www.srf.ch/news/schweiz/co2-gesetz-im-staenderat-fahren-und-fliegen-soll-teurer-werden>
- Verein Klimaschutz Schweiz. (2018). *Gletscher-Initiative*. [online]
<https://gletscher-initiative.ch/#> [18.09.2019]
- Vollmer, Peter. (2019). *Elektroauto-Akkus*. In: Edison Handelsblatt vom 11.01.2019. [online]
<https://edison.handelsblatt.com/erklaeren/elektroauto-akkus-so-entstand-der-mythos-von-17-tonnen-co2/23828936.html> [18.09.2019]

Abbildungsverzeichnis

Abb.1: *Ziel 13: Massnahmen für den Klimaschutz*. (EDA)

<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung/ziel-13-umgehend-massnahmen-zur-bekaempfung-des-klimawandels.html> [18.09.2019]

Abb.2: *Statistik der Treibhausgasemissionen*. (BAFU)

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/treibhausgasinventar.html> [18.09.2019]

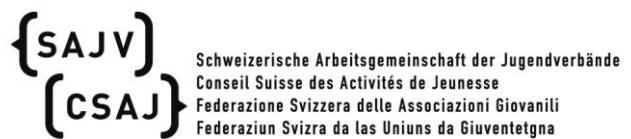
Abb.3: *Flugticketabgaben in Europa*. (Aargauerzeitung)

<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/flugticketabgabe-wie-ein-vergleich-in-eurpa-die-debatte-in-der-schweiz-neu-befeuert-134559540> [18.09.2019]

Abb.4: *Cookstove in Peru*. (myclimate)

<https://www.myclimate.org/de/informieren/klimaschutzprojekte/detail-klimaschutzprojekte/show/Project/peru-effiziente-kocher-7125/> [18.09.2019]

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit der Unterstützung von Alliance Sud und dem Bundesamt für Umwelt BAFU.